

ARE-Kurzinformation Nr. 293

14.11.16

Liebe, sehr geehrte ARE- Mitglieder und alte wie neue Freunde unseres Zusammenschlusses, Mitstreiter für Rechtsstaat, Recht und Eigentum, gegen fortwirkendes Unrecht, für Wiedergutmachung, Schadensbegrenzung und Aufbau Ost, sehr geehrte Damen und Herren!

Im Rückblick auf die Aktivitäten und Ergebnisse der letzten Wochen und im Ausblick auf die laufenden Initiativen und bevorstehenden Herausforderungen für die nächsten Monate geben wir Ihnen heute einen kurzen und zusammenfassenden Abriss des Geschehens. Beginnen wir mit den Ereignissen der nächsten Tage.

1. An diesem Mittwoch, den 16. November bildet das Verfahren zur Thematik „Windräder“ in den BVVG Verträgen einen vorletzten oder vielleicht auch letzten Höhepunkt. Nach dem Erfolg vor dem Landgericht Berlin, erstritten von Rechtsanwältin Catherine Wildgans sind Finanzministerium und BVVG in Berufung gegangen; es wird sich zeigen, ob dieselben Argumente, mit denen sie beim Landgericht gescheitert waren beim Kammergericht verfangen. Im Erfolgsfall für die Kläger hätte dies weitreichende Folgen und Aussichten auf hohe Rückzahlungen durch den Bund.

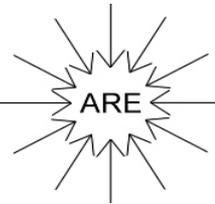
2. Die Thematik der u.E. zu Unrecht erhobenen Grunderwerbsteuer bei Flächenerwerb durch Verfolgungsoffer mit Eigentumsentzug steht als Schwerpunktthema für die nächste Zeit auf der Tagesordnung. Hierfür sind jetzt verschiedene Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, bei der wir auch auf die verstärkte Unterstützung der ARE- Mitglieder und Betroffenen hoffen.

Darüber hinaus gibt es folgende wichtige Aufgaben:

- Land Brandenburg und seine Rechtsstaatsdefizite

Wir hatten im Rundschreiben 292 berichtet über die besondere Problematik, bedingt durch die fehlende Umsetzung der Ergebnisse der Enquetekommission seit 2014. Ferner schilderten wir die Initiativen, ausgehend vom „Pilotvorhaben Brandenburg“ ähnliche Anstöße den anderen jungen Ländern zu geben, Stichwort: „Bodenreform-wiedergutmachungsgesetz“

Inzwischen ist ein weiteres den Eigentumsschutz und die Rechtsstaatlichkeit berührendes Problem in Brandenburg aufgetaucht, das in den Medien und nach einem für die Betroffenen positiven Urteil des Bundesverfassungsgerichts hohe Wellen schlägt (Karlsruhe hatte entschieden, dass Beitragsforderungen für Kanalanschlüsse aus der DDR Zeit bis 1990 unwirksam sind. Gekippt wurde somit auch ein Landtagsbeschluss der eine Bestimmung des Kommunalabgabengesetzes betrifft, die eine Rückwirkung ermöglicht hätte). Da es sich um Tausende von Fällen handelt und der Themenbereich Recht und



Eigentum im weitesten Sinne betroffen ist, hat sich eine 5köpfige Arbeitsgruppe gebildet; ARE wurde ersucht sich dieses nicht unwichtigen Themenbereichs anzunehmen. Siehe hierzu im Internet www.wassernetz-brandenburg.de. Eine für das Land im Ganzen umsetzbare Konzeption soll in Kürze den Medien vorgestellt und den Betroffenen ein Hilfsangebot zur Verfügung gestellt werden.

- Verbändetreffen bei Ministerpräsident Woidke; ARE-Arbeit in Sachsen-Anhalt und Thüringen

Mit der Koordinierung durch die „Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur“ Ulrike Poppe, ist der Landesregierung Brandenburg eine Liste mit Fragen und Forderungen der Opfer und Betroffenenverbände vorgelegt worden. Am kommenden Donnerstag den 17. November wird der ARE Bundesvorsitzende Graf Schwerin für die FRE und ARE bei dem Treffen in der Potsdamer Staatskanzlei Stellung nehmen und die Forderungen anlässlich des letzten Treffens dem MP und seinen Mitarbeitern der Ministerien vor Augen führen.

- Erneut Förderanträge für Herrenhaus Plänitz und Nutzung FRE

In den letzten Wochen wurden vor dem Hintergrund der verschiedenen Antragsmöglichkeiten im Pläntzer Team Förderanträge gestellt, die u. a. von Landesamt für Denkmalpflege sowie von Ämtern und Museen unterstützt werden. Zu bedenken ist aber, dass bei den öffentlichen Stellen und Stiftungen jeweils auch Eigenanteile Seitens der Antragsteller verlangt werden, was die Notwendigkeit mit sich bringt bei Förderern und Mitstreitern um Unterstützung nachzusuchen.

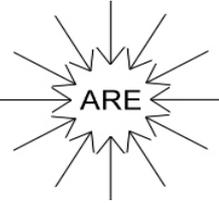
- Strafrechtliche Rehabilitierung -verstärktes Zentralthema-

Wie bereits mehrfach in den letzten Kurzinformativen thematisiert, suchen wir, auch im Anschluss an den Ansatz der Madaus -Verfahren nach geeigneten Fällen für die StrRehaG Verfahren. **Wir ersuchen hiermit nochmals um Unterstützung bei Benennung und Darstellung besonders aussichtsreicher Rehabilitierungsfälle, außerdem benötigen wir für die einzuleitenden Verfahren „Kraftstoff für die Kriegskasse“. Überweisungen gegebenenfalls an das ARE-Konto mit Stichwort „StrRehaG 2017“.**

Die vom Bundesvorsitzenden zusammengerufene Gruppe der Rechtsanwender hat zwar mehrfach getagt, die bisherigen Ergebnisse sind aber noch nicht voll befriedigend. Aber: die Zeit drängt, Mitwirkung tut not.

-FRE in Süddeutschland und Gedenkvorlesung Prof. Doehring

Am 03. und 04. November d.J. fanden auf Initiative des Bundesvorsitzenden wichtige Vorbereitungen zur Verstärkung der Arbeit für Forschung und Wissenschaft im Dienste der Rechtsstaatlichkeit und des Eigentumsschutzes statt. So trafen sich am 04. November in Würzburg vier der fünf neugewählten Vorstandsmitglieder der Fördergemeinschaft zu einer



Einstimmung in die künftige Zusammenarbeit mit der ARE und die Verstärkung der Grundsatzarbeit mit Instituten, Universitäten sowie der Politik und der Öffentlichkeit. Als Gastredner sprach der Buchautor, Politikwissenschaftler und Historiker Dr. Bruno Bandulet (jüngste Veröffentlichung „Beuteland“).

Auf Einladung des „Max Planck Instituts für ausländisches-öffentliches Recht und Völkerrecht Heidelberg“ nahm der Bundesvorsitzende Graf Schwerin an einer Veranstaltung im Heidelberger Prinz Carl Palais teil. In einer würdigen und lebendigen Gedenkveranstaltung mit einem Vortrag von Prof. Thomas Bürgenthal (Professor an der Georg Washington University und vormaliger Richter am internationalen Gerichtshof) wurde an die singuläre Bedeutung das Weltweite Ansehen des Staats- und Völkerrechtler Karl Doehring (1919-2011) erinnert. Die ARE hatte Karl Doehring zu ihrem Ehrenmitglied ernannt, auch mit Blick auf seine rechtsstaatliche Positionierung gegenüber des Bundesverfassungsgericht und dem EGMR. Graf Schwerin dankte den Veranstalter und dem Institut ausdrücklich für die Absicht regelmäßig Gedenkvorlesungen für Karl Doehring abzuhalten um das Andenken des weltweit anerkannten Wissenschaftlers wach zu halten.

- Unrechts- und „Stinkfälle“ für die „Richterkontrolle“

Anlässlich des Treffens in Würzburg wurde zwischen den Rechtsanwälten Dr. Joachim Lieser und Elke Heuvers mit ARE und FRE besprochen, die erfolgreiche Serie der Veröffentlichung von Fehlurteilen und Rechtsverstößen durch einschlägige Richter verstärkt wieder aufzugreifen. Zu den früheren Veröffentlichungen, die von der Betroffenenjustiz offenbar schweigend und kommentarlos hingenommen waren (Ausnahme: ein schimpfender Richter aus Neubrandenburg) hatte es abertausende von interessierten Zugriffen auf der Internetseite gegeben.

Die Kanzlei Dr. Lieser/Heuvers hatte, vornehmlich nach der Wende bis 2008 an der Aufarbeitung von DDR, insbesondere LPG Vermögensunrecht, ebenso wie Rainer Stumpf und Dr. Kuchs mitgewirkt. Die Internetseite www.Richterkontrolle.de hatte um 2008 bereits große Aufmerksamkeit ausgelöst und Erwartungen an eine Kurskorrektur in Teilen der Justiz geweckt. Hier soll daher jetzt verstärkt nachgearbeitet werden.

Soweit unser Überblick mit der erneuten Anregung uns verstärkt in Anbetracht der wichtigen Aufgaben zu unterstützen und „Kraft“ zu spenden, verbleiben wir für heute

mit besten Grüßen und guten Wünschen

ARE-Arbeitsteam mit

M. Graf v. Schwerin